

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, Dennis Gladiator, Stephan Gamm,
Prof. Dr. Götz Wiese, Sandro Kappe (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Mehr Wertschätzung für nachhaltige Landwirtschaftsbetriebe –
Tierwohl-Prämie einführen**

Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbranchen ist die Landwirtschaft verhältnismäßig gut durch die Corona-Krise gekommen. Laut des Bauernpräsidenten seien die Ernterträge im Durchschnitt sogar leicht gestiegen. Was die guten Erträge allerdings relativiere, seien die höheren Kosten für die Unterbringung von Erntekräften, denn die Corona-Auflagen erfordern deutlich mehr Platz. Allerdings zeigt sich die Landwirtschaft aber dankbar darüber, dass die Politik im Lockdown schnell eine Lösung gefunden hat.

Spezielle Landwirtschaftsbereiche, wie etwa die Milchbauern, haben die Krise jedoch sehr viel härter zu spüren bekommen. Aufgrund der wochenlangen coronabedingten Schließungen von Gastronomiebetrieben ist der Absatz eingebrochen und damit auch der Milchpreis. Während der Preis pro Liter zu Beginn des Jahres noch bei 32 Cent lag, ist dieser aktuell auf 29,5 Cent pro Liter geschrumpft und reicht damit nicht mehr aus, um die Betriebskosten decken zu können.

Die Landwirte hoffen, dass es in nächster Zeit zu einem Umdenken der Verbraucher kommt und diese mehr wertschätzen, wie viel Arbeit in der Erzeugung von Lebensmitteln steckt. Mittlerweile fordern bereits viele Menschen Bioqualität und eine artgerechte Tierhaltung. Dass hierfür aber auch ein angemessener Preis für die jeweiligen Produkte gezahlt werden muss, ist noch längst nicht bei allen angekommen.

Die CDU-Fraktion unterstützt daher den Vorschlag des Bauernverbandes Hamburg e.V., eine Tierwohl-Prämie für Betriebe in Hamburg einzuführen, die entsprechende Qualitätsstandards erfüllen. Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist die Anzahl dies betreffender Betriebe in Hamburg überschaubar, was die Umsetzung und die Finanzierung deutlich erleichtert. Mit vergleichsweise geringem Aufwand könnte so Gerechtigkeit für die Betriebe hergestellt werden, die besonderen Wert auf ökologische Produktion und artgerechte Tierhaltung legen. Da die Erfüllung entsprechender Standards mit weitaus höheren Kosten verbunden ist, könnte eine Tierwohl-Prämie diese in Teilen ausgleichen und würde sich somit positiv auf die Wirtschaftlichkeit der betroffenen Landwirtschaftsbetriebe auswirken.

In einem Leserbrief, der am 9. Oktober 2020 in der „Bergedorfer Zeitung“ veröffentlicht wurde, nimmt der Staatsrat der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft, Michael Pollmann, Stellung zu dem Thema. Demnach befinde sich die Behörde bereits mit dem Bauernverband sowie mit weiteren Vertretern seit drei Monaten im engen Austausch zur Zukunft der Agrarpolitik. Das Bestreben der Behörde sei es, tierwohlfördernde Maßnahmen noch stärker in Hamburg zu implementieren. Im Rahmen der Zusammenarbeit seien bereits Eckpunkte einer künftigen Förderung in Hamburg adressiert worden. Die Basis dazu bilde das vom Senat beschlossene Agrarpolitische Konzept 2025 sowie die im Koalitionsvertrag vereinbarte Unterstützung eines verpflichtenden Tierwohl-Labels sowie der Förderung der Einhaltung besonders hoher Tierhaltungsstandards in Hamburger Betrieben.

Die CDU-Fraktion begrüßt es, dass die Behörde die Förderung einer artgerechten Tierhaltung aufgegriffen hat, und möchte sie daher ermutigen, nach den in den letzten Monaten geführten Dialogen, zeitnah wirksame Lösungen zu präsentieren. Für einige Landwirtschaftsbetriebe geht es um ihre langfristige Existenzsicherung, deshalb gilt es, keine Zeit zu verlieren und mit entsprechenden Regelungen Hamburgs Agrarwirtschaft zu stärken.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. zu prüfen, wie viel Mehrkosten durchschnittlich für Landwirtschaftsbetriebe entstehen, die sich strikt an die Standards für eine ökologische Produktion und eine artgerechte Tierhaltung halten;
2. diesen landwirtschaftlichen Betrieben eine „Tierwohl-Prämie“ in angemessener Höhe auszuzahlen, welche die Mehrkosten zumindest in Teilen kompensiert;
3. der Bürgerschaft bis zum 31.12.2020 zu berichten.